

Antrag an die Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer

am 4./5. Juni 2021, Berlin

TOP-Nr.: 7.11.
Antrag – Nr.: 1
Betr.: **Hände weg von der Altersversorgung der Freien Berufe!**
Resolution- an alle politischen Parteien des deutschen Bundestags

Antragsteller: Delegierte der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg

Haushaltsauswirkungen: keine

26.05.2021, 19:07 Uhr

Wortlaut:

1 **Die deutsche Zahnärzteschaft fordert die Politik auf, die berufsständische Versorgung, ein funktionierendes System der Sicherung der Angehörigen der verkammerten Freien Berufe für Renten im Alter, bei Berufsunfähigkeit und für die Hinterbliebenen, nicht anzutasten für die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung.**

2
3
4
5
6 **Ein seit jeher bewährtes, ohne jeden staatlichen Zuschuss ausschließlich aus Eigenmitteln finanziertes System kann und darf nicht zerstört werden.**

7
8
9

10 Begründung:

11 Die meisten Versorgungswerke wurden als Surrogat für den Ausschluss der Freien
12 Berufe aus der Sozialversicherung bei der Adenauerschen Rentenreform sozusagen
13 als Selbsthilfegruppen gegründet.

14
15 Die Mitglieder berufsständischer Versorgungseinrichtungen sind wegen ihrer typischen Risikoeigenschaften für die gesetzliche Rentenversicherung ein schlechtes
16 Geschäft. Sie leben länger, sie erreichen das Rentenalter häufiger und sie haben
17 mehr und jüngere Hinterbliebene als der Durchschnitt der Bevölkerung. Somit stellen unsere Mitglieder für die Deutsche Rentenversicherung durch Gutachten
18 nachweisbar und nicht nur durch die Rürup Kommission festgestellt, nach den Jahren 10-20 einer möglichen Einverleibung eine Belastung der gesetzlichen Rentenversicherung dar und belasten erheblich die jüngere Generation.

19 Die Erweiterung des Versichertenpersonenkreis in der gesetzlichen Rentenversicherung um unsere Mitglieder vergrößert deren Probleme, da jeder zusätzliche Beitragszahler in späteren Jahren zusätzlicher Anspruchsteller wird.

20
21
22
23
24
25
26
27 Unsere Mitglieder entziehen sich nicht der Solidarität. Die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben der Rentenversicherung werden ausschließlich durch verschiedene
28 Bundeszuschüsse aus dem Staatshaushalt erstattet. Unsere Mitglieder beteiligen
29

Antrag an die Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer

am 4./5. Juni 2021, Berlin

TOP-Nr.:	7.11.
Antrag – Nr.:	1
Betr.:	Hände weg von der Altersversorgung der Freien Berufe! Resolution- an alle politischen Parteien des deutschen Bundestags

30 sich als Steuerzahler vollständig und bei höheren Einkünften mit entsprechend hö-
31 heren Steuern an diesen Lasten und sie nehmen die daraus resultierende Leistung
32 bis auf die Kindererziehungszeiten nicht einmal in Anspruch.

33

34 Also:

35 Es gibt keinen nachhaltigen Grund für die Einbeziehung unserer berufsständischen
36 Versorgungswerke in die Deutsche Rentenversicherung. Im Gegenteil, wir wären
37 nur eine Belastung.

38

39 Lassen Sie im Sinne der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit in der
40 Deutschen Rentenversicherung von den Plänen der Einbeziehung der Altersversor-
41 gung der Freien Berufe in die Deutsche Rentenversicherung ab.